

Bern

Heikler Job unter Dauerbeobachtung

Polizei Viele Demonstrationen, angriffige Reitschule, Fussballspiele: Keine Polizei in der Schweiz steht derart im Fokus wie die Kantonspolizei

Andres Marti

Demütigende Leibesvisitationen, diskriminierende Kontrollen, Gummigeschosse auf Kopfhöhe: So reden Kritiker über die Arbeit der Kantonspolizei (Kapo). Jüngst hat der Tod eines 20-Jährigen auf dem Polizeiposten Verdächtigungen und Gerüchte befeuert. Was an solchen Anschuldigen dran ist, bleibt meist offen. Das hat auch mit der zurückhaltenden Kommunikation der Polizei zu tun. Mit Verweis auf den Persönlichkeitsschutz lehnt sie Stellung-

Bei der Drogenanlaufstelle ist das Verhältnis zur Polizei weit entspannter.

nahmen häufig ab. Zudem erfasst weder die Staatsanwaltschaft noch die Polizei Anzeigen gegen Polizeibeamte separat. Damit ist die Polizei nach eigenen Angaben nicht in der Lage, darüber Auskunft zu geben, wie häufig ihre Beamten angezeigt werden.

Viele tendenziell links wählende Städter ärgern sich, dass der bürgerlich dominierte Grosse Rat der Polizei stets den Rücken freihält. Ihr Misstrauen gegenüber der Kapo äussert sich in Forderungen nach einer unabhängigen Beschwerdestelle, einem Quittungssystem für Polizeikontrollen oder in Aufrufen, Polizisten mit dem Handy zu filmen. Dass das neue Polizeigesetz den Handlungsspielraum der Polizei erhöhet, ohne den Rechtsschutz zu stärken, macht das Unbehagen der Gegner nicht kleiner.

Schwieriges Umfeld

Insgesamt ist der Ruf der Polizei aber weit besser, als die meist linke Kritik vermuten lässt. In Bern leisten derzeit rund 2200 Personen Dienst in Uniform, und pro Jahr leistet die Kapo über 150 000 Einsätze. Demgegenüber stehen rund 150 Beschwerden, die meisten davon gegen Ordnungsbussen. Laut einer von der Polizei in Auftrag gegebenen Umfrage ist die Mehrheit der Bernerinnen und Berner mit der Arbeit ihrer Polizei zufrieden. 87 Prozent der Befrag-

Bern entscheidet über Polizeigesetz

Das Stimmvolk des Kantons Bern entscheidet am 10. Februar über das neue Polizeigesetz. Dieses umfasst 189 Artikel und soll der Polizei unter anderem bessere Mittel für die Bekämpfung von schwerer Kriminalität und häuslicher Gewalt bieten. Zudem soll durch den Erlass die Zusammenarbeit zwischen Kantonspolizei und Gemeinden vereinfacht werden. Auch wäre das Personal- und Dienstrecht der Kantonspolizei neu im Polizeigesetz integriert. Dieses wurde bis anhin in einem separaten Gesetz beschrieben.

Im Grossen Rat erlangte das Gesetz klare Zustimmung. Dennoch wurde dagegen das Referendum ergriffen. Die Gegner bemängeln, dass der Erlass den Gemeinden in der Ausgestaltung der Sicherheit zu wenig Mitspracherecht gibt. Zudem würde es die Überwachung verstärken, die Verdrängung von Menschen aus dem öffentlichen Raum fördern und Fahrende diskriminieren. (mer)

ten gaben dabei an, der Polizei im Allgemeinen zu vertrauen.

Da die Polizei in der Stadt Bern in einem tendenziell schwierigeren Umfeld agieren müsse, so die Autoren der Studie, seien diese positiven Einschätzungen bemerkenswert. Schwieriges Umfeld heisst: über 200 Kundgebungen pro Jahr, viele davon unbewilligt, ausserdem Fussballspiele, Fanmarsche und der nicht totzukriegende Drogenhandel vor dem Jugendtreff Reitschule.

Bei der Bekämpfung des Drogenhandels – im Auftrag der Stadtregierung – kommt es regelmässig zu Konflikten mit den Reitschule-Betreibern und den Gästen. Nach einem Polizeieinsatz im letzten September äusserte der Gemeinderat Kritik an der Polizei, und die Aufsichtskommission des Berner Stadtrats lud Vertreter der Polizei zu Anhörungen vor.

Die Vorwürfe seitens der Reitschule lauten: Der Betrieb leide unter dem «erfolglosen Kampf gegen den Drogendeal», alle paar Wochen werde das Restaurant von Polizisten «lahmgelegt», teilweise würden Mitarbeitende und Gäste «beschimpft und verhöhnt». Die Einführung einer unabhängigen Beschwerdestelle nennt die Reitschule eine «absolute Minimalanforderung». Die Polizei umgekehrt wirft den Reitschulern vor, sie bei der Arbeit zu behindern. Wenn jemand mit der Arbeit der Polizei nicht zufrieden sei, bestehe die Möglichkeit einer Beschwerde; intern gebe es ein «Beschwerdemanagement». Bei strafbaren Handlungen werde der Fall direkt an die Staatsanwaltschaft oder an Gerichte weitergeleitet.

Lob für Krokus

In anderen «heissen» Zonen ist das Verhältnis weit entspannter. Bubi Rufener leitet die Contact-Drogenanlaufstelle an der Hodlerstrasse, die täglich von rund 120 Süchtigen besucht wird. Er sagt, die Zusammenarbeit mit der Polizei habe sich in den letzten 20 Jahren verbessert. Rufener arbeitet seit 23 Jahren in der Suchthilfe. «Dass sich Polizisten übergriffig verhalten, kommt heute praktisch nicht mehr vor.» Er lobt vor allem die Einsatzgruppe Krokus, die in Bern für die Bekämpfung des Drogenhandels zuständig ist: «Sie ist heute viel weniger repressiv gegenüber Konsumenten.» Die Zeiten, als Polizisten den Süchtigen die frischen Spritzen wegnahmen, sind definitiv vorbei. Wer heute nach der Polizei-schule in den Dienst bei der Kantonspolizei eintritt, wird von Rufener durch die Anlaufstelle geführt. «Diese Aufklärungsarbeit ist enorm wichtig», sagt er.

Ausserhalb der Anlaufstelle betreut die kirchliche Gassenarbeit diejenigen, die ofers mit der Polizei zu tun haben. Die Zusammenarbeit mit der Polizei ist hier nicht so eng. Doch man spricht miteinander und tauscht sich aus. «Aus Sicht der Gassenarbeit verhält sich die Polizei in Bezug auf unser Klientel in den meisten Fällen professionell», sagt der Gassenarbeiter Ruedi Löffel. Bei einzelnen Polizisten wünsche er sich jedoch mehr Einfühlungsvermögen und ein «Verständnis für die Situation der Menschen auf der Gasse».

Genau an diesem Einfühlungsvermögen fehlt es vielen Polizisten laut Kritikern. Das habe auch damit zu tun, dass diese Arbeit einen speziellen Typ Mensch anziehe. Um Polizist zu werden, muss man über eine Erstausbildung verfügen. Laut Polizei wollen Kochs, Mechaniker und Krankenpflieger ebenso Polizist werden wie Studenten und Leute mit KV-Abchluss. Ihre Motivation? Eine Vielzahl der Aspiranten gebe an, dass vor allem die Vielseitigkeit des Tätigkeitsbereichs, der Kontakt mit Menschen und an dritter Stelle das Helfen ausschlaggebend für den Entscheid seien.



Wenn das nur nicht ins Auge geht: Polizisten im Einsatz vor der Reitschule. Foto: Raphael Moser

Polizeiexperte: «Demonstrationsfreiheit wird gerne

Interview Markus Mohler lobt die Arbeit der Berner Polizei. Trotzdem könnten Fehler wenn es schnell gehen müsse.

Das Thema Polizeigewalt wird in der Schweiz kaum erforscht. Warum?

Ein breit angelegter Bedarf nach Forschung ist offenbar nicht da. Das hat auch mit dem Behordenvertrauen zu tun. Die Polizei steht in der Schweiz diesbezuglich ungebrochen an der Spitze.

Das widerspricht zumindest in der Stadt Bern aber der Wahrnehmung. Woher rührt diese Diskrepanz?

Man muss die öffentliche und die ver- öffentliche Meinung auseinanderhalten. Was in den traditionellen und den sozialen Medien veröffentlicht wird, gibt manchmal ein ganz anderes Bild ab, als es in Wirklichkeit ist. In Bern hat man mit der Reithalle einen permanenten Konfliktpunkt. Dadurch dürfte die Wahrnehmung verschoben werden.

Wie steht denn die Kapo Bern im Schweizer Vergleich da?

Nehmen wir das Beispiel Sportveranstaltungen. Bern hat mehrere Eishockey- und Fussballclubs in den obersten Ligen. Das ganze Jahr über finden Veranstaltungen statt, von denen teilweise Gewaltpotenzial ausgeht. Dasselbe gilt für Demonstrationen. Die Kapo ist praktisch wöchentlich gefordert bis zum äussersten. Aus meiner Sicht machen die ihren Job mit Bravour.

Es gibt auch andere Meinungen: Demonstranten beklagen sich oft über unverhältnismässige Eingriffe.

Die Demonstrationsfreiheit wird gerne überinterpretiert. Manche haben das Gefühl, alles sei erlaubt. Das stimmt nicht. Es gibt Regeln, an die sich alle zu halten haben. Die Veranstaltungen müssen friedlich sein, ohne Gewalt gegen Sachen und gegen Personen. Nur darauf erstreckt sich die Demonstrationsfreiheit. Es gilt auch: nur mit Bewilligung. Halten sich die Personen nicht daran, ist die Polizei nicht nur zum Eingriff befugt, sondern verpflichtet. Hier können physische Konflikte entstehen.

Und es kann zu unverhältnismässiger Gewaltanwendung kommen.

Das ist ja der springende Punkt: Bei jeder Gewaltanwendung ist die Verhältnismässigkeit das Scharnier für die Rechtmässigkeit. Die Grenze ist nicht schon dort überschritten, wo sich die Polizei einem Demonstrationszug in den Weg stellt, weil er von der Route abweicht oder diese Route nicht bewilligt worden ist. Die Polizei hat für die Sicherheit aller zu sorgen. Niemand hat ein Vorrecht auf die Nutzung des öffentlichen Raumes.

Was ist mit dem Feindbild der «bösen Bullen»? Gibt es diese nicht?

Die Selektionskriterien der Kantonspolizeien sind streng. Alles, was nach Macho klingt, hat von vornherein keine Chance. Falsche Vorstellungen werden den Kandidaten spätestens in der Ausbildung ausgetrieben. Grundrechtsschutz und Ethik sind Prüfungsfächer.

Die Polizei macht also alles richtig?

Natürlich nicht, Fehler werden uberrall gemacht. Entscheidungen werden innert Minuten, manchmal innert Sekunden getroffen. Die Zeit ist manchmal zu kurz, um alles zu berücksichtigen. Das ist keine generelle Entschuldigung, aber eine Erklärung. Wer sich ungerecht behandelt fühlt, kann Beschwerde erheben oder Anzeige erstatten.

International steht die Schweiz seit Jahren in der Kritik: Den Beschwerdeinstanzen fehle es an Unabhängigkeit. Internationale Organisationen machen



Markus Mohler
Dr. iur., lehrte an verschiedenen Universitäten; vormals Kommandant der Kantonspolizei Basel-Stadt und zuvor Staatsanwalt.

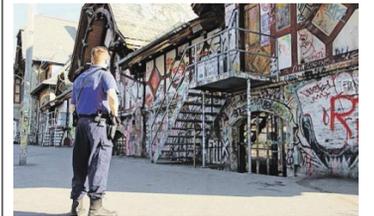
Kantonspolizei in der Kritik: Diese Fälle gaben zu reden

2014, Februar: Urinlache auf der Polizeiwache

Zwei Polizisten in der Polizeiwache am Berner Bahnhof haben einen renitenten Mann zu Boden gedrückt, durch seinen Urin gezogen und dessen Jacke in die Lache gelegt. Sie wurden vom Obergericht wegen Amtsmissbrauchs verurteilt. «Die Beschuldigten haben das zulässige Mass an Zwang klar überschritten. Dafür gibt es keine Rechtfertigung», sagte die zuständige Richterin.

2014, Juni: Gezückte Waffe in der Reitschule

Innert zweier Tage zogen Polizisten in und vor der Reitschule ihre Waffen und



zielten damit auf Menschen. Die Vorfälle ereigneten sich während Drogenrauf. Darauf wurde im Stadtrat eine Interpellation zu «Problempolizisten» eingereicht.

2014, Oktober: Missen-Kür und DNA-Probe

Während der Miss-Schweiz-Wahl wurde auf dem Bundesplatz gegen den «sexistischen Frauenzoo» demonstriert. 20 Demonstrierende wurden von der Polizei verhaftet. Einige von ihnen mussten sich zwecks Kontrolle auf der Wache ausziehen. Darunter waren auch Minderjährige. Zudem wurden höchst umstrittene DNA-Entnahmen angeordnet.

2015, April: Razzia bei Hippie-Kollektiv

Die Polizei hat in Ostermundigen die Zwischennutzung der «Familie Osterhase» durchsucht. Wegen der Härte des Einsatzes reichten die Bewohner Klage



ein. Unter anderem wegen Nötigung und Gefährdung des Lebens. Der Einsatz blieb für die Polizei schliesslich jedoch ohne Folgen.

2018, April: Afrin-Demo endet in Polizeikessel

Die Polizei hat eine unbewilligte Demonstration gegen türkische Angriffe auf die kurdische Region Afrin abgebrochen. Viele Demonstrierende wurden eingekesselt, was für Kritik sorgte. Den Einkesselten seien Trinkwasser und die Verrichtung der Notdurft verweigert



worden, berichteten Augenzeugen.

2018, September: Fröhliches Gummischrot

Bei einem Einsatz vor der Reitschule setzte die Polizei Gummischrot ein. Auf einem der Geschosse war ein lachendes Gesicht aufgemalt. Die Kritik daran liess nicht lange auf sich warten. Die Polizei stritt jedoch zunächst ab, dass das Smiley von Mitarbeitenden angebracht worden sei. Erst danach hat ein Polizist zugegeben, dass er dieses Monate zuvor im Einsatz bei einer Sportveranstaltung gemalt habe. (mer)

Bern in der Bundesstadt. Wie tickt das Corps, das regelmässig unter Dauerbeschuss steht?

«Die Polizei nutzt Nichtwissen aus»

Kritik In Teilen von Berns Jugend ist Feindseligkeit gegenüber der Polizei weit verbreitet. Woher kommt diese? Wie weit reicht sie? Zwei Jugendliche erzählen.

Max geht in die Sekundarschule, will im Sommer eine Kochlehre beginnen. Rosa ist im Gymnasium, denkt über ein Studium nach. Beide mögen sie die Polizei nicht besonders. Um offen darüber sprechen zu können, wollen sie ihre richtigen Namen nicht in der Zeitung lesen. Denn die Polizei verbinden sie mit einem unangenehmen Gefühl. «Mir wird es unwohl, wenn Polizisten in der Nähe sind», sagt Max. Diese Nähe endete für ihn einmal in Handschellen. «Selbst verschuldet», sagt er. Dennoch wundert er sich noch immer über das Ausmass der Beachtung, die ihm die Polizei in jener Nacht geschenkt hat. Mit Kollegen habe er in der Länggasse einen Mülleimer bespritzt. «Nichts Grosses.» Gross sei jedoch das Polizeiaufgebot gewesen. «Plötzlich standen acht oder neun Polizisten um uns herum.» Die Nacht endete auf dem Posten. Er habe von seinem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch machen wollen, daraufhin habe ihn der Polizist angefahren. «Das hat mich extrem gestört.»

Vorteil für «weisse Gymeler»

Gerade gegenüber Jugendlichen würden sich Polizisten extrem viele Freiheiten herausnehmen, sagt Rosa. Sie erzählt eine Geschichte von einem Kollegen. Diesem sei verschwiegen worden, dass er zu einem Verhör einen Anwalt oder eine Vertrauensperson mitbringen dürfe. «Da hat die Polizei das Nichtwissen der anderen definitiv ausgenutzt.» Manchmal ist sich Rosa nicht sicher, ob die Polizei überhaupt weiss, was erlaubt ist und was nicht.

Die beiden Jugendlichen schöpfen aus einem reichen Fundus an ähnlichen Geschichten. In allen sehen sie das Verhalten der Polizei als nicht angemessen an. Da war die Kollegin, die auf den Posten musste, weil sie nach einer friedlichen Demonstration mit Kreide Parolen an die Mauern der Heiliggeistkirche schrieb. Oder der dunkelhäutige Kollege, der als Einziger in der Gruppe von sonst «weissen Schweizer Gymelern» kontrolliert wurde. Die Richtigkeit solcher Erzählungen stellt Rosa manchmal infrage. «Durch diese ablehnende Haltung wird wohl manchmal etwas übertrieben.» Dennoch sind es eben solche Geschichten, die auf das Verhältnis der Jugend zur Polizei abfärben. «Wenn sich die Polizei falsch verhält, verbreitet sich das sehr schnell. Alle hören davon», sagt Rosa.

Die Ablehnung der Polizei drückt sich in ihrem Umfeld auf verschiedene Arten aus. Da gibt es die Radikalen. «Sie stellen sich gegen die Polizei als Beschützer des politischen Systems, das sie bekämpfen», sagt Max. Und es gibt die Gemässigten. «Der Polizei muss sehr streng auf die Finger geschaut werden, doch

«Wenn sich die Polizei falsch verhält, verbreitet sich das sehr schnell. Alle hören davon.»

Rosa, Gymnasiastin

das Gewaltmonopol soll ihr überlassen werden.»

Mehr Kontrolle gefordert

Die beiden zählen sich nicht zum radikalen Teil von Berns Jugend. Zu sehen am Beispiel Schützenmatte. Rosa gefällt es nicht, wenn sich die Polizei dort formiert. «Das kann schon als Provokation wahrgenommen werden.» Aber: «Deswegen aus der Menge heraus Flaschen und Steine zu werfen, ist falsch.» Dadurch würden bloss alle gefährdet.

Die Reflexion des eigenen Umfelds ist für die beiden Schüler wichtig. «Im Gym sind die meisten links. Mit anderen Ansichten wird man dadurch kaum konfrontiert», sagt Rosa. Deshalb lesen die beiden beispielsweise Medientitel mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung, «um nicht in ein Schwarzweissdenken zu verfallen.»

So haben sie teilweise auch Verständnis für die Polizei. Zum Beispiel bei Demonstrationen. «Wenn Parolen gegen die Polizei skandiert oder Gegenstände auf sie geworfen werden, ist es für diese sicher nicht einfach, die Nerven zu behalten», sagt Max. Rosa findet solches Verhalten kontraproduktiv: «Dadurch wird riskiert, dass sich die Polizei gezwungen fühlt, die Demo aufzulösen – vielleicht unberechtigt.»

Gegen das Polizeigesetz sind sie trotzdem. «Solange es keine unabhängige Stelle gibt, welche die Polizei kontrolliert, sollte diese nicht noch mehr Rechte erhalten», sagt Rosa.

Martin Erdmann

«Nur in Filmen haben Polizisten alles im Griff»

Job Steigende Gewalt und grosse psychische Belastung: Ihr Beruf sei nicht so, wie er in Hollywood-Filmen dargestellt werde, sagen Berner Polizisten.

Es tobt ein heisser Abstimmungskampf um das Polizeigesetz. Deshalb will die Berner Kantonspolizei nicht, dass ihre Mitarbeitenden in den Medien über ihren Beruf reden. Ihre Mitarbeiter sollen nicht dem Rampenlicht ausgesetzt und zu einem Gesicht der Debatte gemacht werden, heisst es bei der Medienstelle.

Nur über Umwege und in anonymisierter Form war es dem «Bund» möglich, einer Handvoll Polizisten Fragen zu ihrem Berufsalltag zu stellen. Die Antworten zeichnen ein Berufsbild mit brutalen Schattenseiten. «In den letzten Jahren haben Gewalt und Respektlosigkeit gegenüber der Polizei zugenommen», schreibt ein Polizist. Gewalt gegen die Polizei löse gerade bei jungen Menschen einen «Kick» aus. «Jungs fühlen sich stolz, wenn sie auf einen Polizisten eingepöbeln haben.» Gerade während Demonstrationen komme es immer wieder zu Gewalt gegen die Polizei durch «jüngere Kriminelle». «Aus einer Menschenmenge kann man anonym angreifen und das Risiko, erwischt und identifiziert zu werden, ist klein.»

Falsches Bild wird vermittelt

Laut den befragten Polizisten gibt es immer mehr Einsätze, die psychisch belastend sind. Damit meinen sie nicht nur

Angriffe auf ihre Person, sondern auch die Bewältigung von Ereignissen wie Suizid oder tödliche Unfälle. Dass auch solche Dinge zu ihrem Job gehörten, sei der Öffentlichkeit oftmals nicht bewusst. «Hollywood-Filme und Krimis vermitteln ein falsches Bild von der tatsächlichen Polizeiarbeit.» Ein Bild, das von Polizeikritikern zusätzlich verfälscht werde: Diese versuchten, die

Wie haben Sie es mit der Polizei?

Gerade junge Städter fühlen sich von der Kantonspolizei Bern bisweilen unfair behandelt. Andere stellen sich aber auch



stadtgesprach.derbund.ch

hinter das Corps und begrüßen ein konsequentes Vorgehen gegen Drogenhandel und jugendliche «Chaoten». Wir wollen von Ihnen wissen: Wie haben Sie es mit der Polizei? Diskutieren Sie mit unter stadtgesprach.derbund.ch

Polizei so hinzustellen, als würde sie alles und jeden überwachen. «Eine völlig absurde Darstellung, die bewusst für gesellschaftliche und politische Zwecke missbraucht wird.»

Leute, die ein solches Bild von der Polizei hätten, würden dabei eines gerne vergessen: «Wir retten tagtäglich Leben, helfen Opfern und sorgen für Sicherheit.» Gleichzeitig schliessen die Polizisten aber nicht aus, dass einmal etwas schiefgehen kann. «Sicher machen auch Polizisten Fehler, das ist menschlich.» Nur die Polizisten im Film hätten immer alles im Griff und lösten Fälle innerhalb einer Stunde.

Härtere Strafen gefordert

Johanna Bundi Ryser ist Präsidentin des Verbands Schweizerischer Polizeibeamter. Um gegen die steigende Gewalt gegen Polizisten anzukommen, sieht sie nur eine Lösung. «Unserer Meinung nach schafft man das nur mit schärferen Strafen mit Signalwirkung.» Denn durch die aktuelle Gesetzgebung seien Polizisten zu wenig vor Gewalt geschützt. Deshalb unterstützt sie eine parlamentarische Initiative, die bei Gewalt gegen Behörden und Beamte mindestens drei Tage Haft fordert.

Martin Erdmann



überinterpretiert»

passieren, sagt er. Vor allem,

eine wichtige Arbeit. Sie verstehen für die Beurteilung solch heikler Fragen unser Rechtssystem aber oft ungenügend. Dass man bei der Staatsanwaltschaft Vorbehalte anbringt, verstehe ich ein Stück weit, weil sie eng mit den Polizeien zusammenarbeitet. Aber deren Entscheide lassen sich an die Gerichte weiterziehen, und die Gerichte sind hier unabhängig.

Für die Kapo Bern gibt es auch keine Ombudsstelle. Wäre eine solche nötig? In diesem Aspekt ist man im Kanton Bern weniger weit als in anderen Kantonen. Die Vorteile einer Ombudsstelle für die ganze Verwaltung sind offensichtlich: Die Stelle ist unabhängig, das Verfahren läuft unkompliziert. Man kann sich eventuell den Gang ans Gericht oder die Anzeigerstattung sparen.

Sie haben die Totalrevision des Berner Polizeigesetzes juristisch begleitet. Warum wurde der Rechtsschutz nicht geregelt?

Rechtsschutz ist die unverzichtbare Gegenseite zum rechtsstaatlichen Gewaltmonopol. Dazu gab es verschiedene Meinungen: Ich war für eine ausführlichere Regelung des Rechtsschutzes. Die Gegenmeinung hat obsiegt.

Simon Gsteiger